



**„Weniger ist mehr“
Grüne Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung**

Pressekonferenz

von

**Birgit Schatz
ArbeitnehmerInnensprecherin der Grünen**

Wien, am 19. August 2009

Kurswechsel in der Arbeitszeitpolitik dringend erforderlich

Arbeitszeitpolitik geht in Österreich seit mindestens 20 Jahren in die falsche Richtung. Doch nun kommt endlich neue Bewegung in die Debatte. So ist die vorige Woche erfolgte Initiative Minister Hundstorfers zu begrüßen, auch wenn seine Ankündigungen leider zu vage und weitgehend zahnlos bleiben („Die Sozialpartner sollen beraten.....“).

Doch gerade in Arbeitszeitfragen braucht es neben einem Umdenken in der politischen Debatte und folgenden starken gesetzlichen Regelungen, einen Wertewandel, ein neues gesellschaftliches „Arbeitsmaß“-Leitbild abseits der „60 Stunden-Woche“. Dies fordert Offensivität in der Perspektive, wie in den Forderungen.

1. Die Folgen falscher Arbeitszeitpolitik der letzten Jahre

1.1. „Arbeit ohne Ende“: massiver Anstieg der tatsächlichen Arbeitszeit ohne Lohnausgleich

Österreich befindet sich mit 42,5 Stunden tatsächlich geleisteter Arbeitszeit seit Jahren an der EU-Spitze. Laut der jüngsten IFES-Umfrage leistet in Österreich trotz Wirtschaftskrise jede/r vierte Vollzeitbeschäftigte Überstunden. Im ersten Quartal 2009 waren es bereits 730.000 Personen, die im Durchschnitt 8,5 Überstunden pro Woche erbrachten, ein Viertel davon bleibt in der Regel unbezahlt und unausgeglichen. Zeitguthaben können nur schwer abgegolten werden und verfallen häufig. Diese Problematik ist aber keinesfalls neu, immer wieder haben Studien der letzten Jahre auf einen massiven Anstieg der realen Arbeitszeiten hingewiesen. Die Entwicklung wurde jedoch von Regierungspolitik und Wirtschaft bewusst in Kauf genommen: allein zwischen 2004 und 2007 ist die Zahl jener, die in Österreich regelmäßig Überstunden leisten, um 26,8 % auf 822.000 Personen gestiegen.

Da die Verlängerung der Arbeitszeit meist ohne Lohnausgleich erfolgt, kommt sie de facto einer Senkung der Stundenlöhne gleich. Heute sind viele Beschäftigte und Familien aufgrund sinkender und stagnierender Reallöhne dazu gezwungen, immer länger zu arbeiten, um einen bereits erreichten Lebensstandard überhaupt halten zu können. Das geht auf Kosten ihrer Gesundheit, ihrer Familien, ihres ehrenamtlichen Engagements und ihrer Lebensqualität. Gesundheitliche Probleme, Burn-Out, sozialer Rückzug und die Zementierung geschlechtlicher Rollen und Arbeitsteilung sind die Folge. Wenn Vollzeitarbeit derart ausufert, haben vor allem Frauen mit Betreuungspflichten - auch in Anbetracht des mangelnden Angebotes an Betreuungseinrichtungen - kaum mehr die Möglichkeit, dieser nachzugehen. Sie hängen in der Teilzeitarbeit fest. Viele Männer hingegen, die sich überwiegend in Vollzeitbeschäftigungen befinden, haben immer weniger Zeit, sich den unbezahlten Arbeiten und ihren Familien zu widmen.

1.2. Zu wenig Arbeit – die ungerechte Verteilung von Arbeitszeit

Parallel zu den überlangen Arbeitszeiten bei den Vollzeit-Beschäftigten steigt die Anzahl der geringfügig Beschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten in Österreich rasant an. Diese sind gegenüber Vollzeitbeschäftigten sowohl hinsichtlich des Einkommens, als auch arbeits- und sozialrechtlich klar benachteiligt. Für Betriebe ist diese Beschäftigung daher billiger und attraktiv, für die Betroffenen reicht jedoch ein einziger Job aufgrund des geringen Einkommens gar nicht mehr, um den Lebensunterhalt zu finanzieren („working poor“). Es muss unter prekären Rahmenbedingungen häufig mit mehreren Jobs „jongliert“ werden, um halbwegs über die Runden zu kommen.

Innerhalb der EU ist der Anteil der Teilzeitkräfte nur in Großbritannien und den Niederlanden höher als in Österreich. Im Vergleich zu der Entwicklung der EU-weiten Teilzeitquote ist der Anstieg in Österreich wesentlich markanter ausgefallen. In Österreich gibt es heute fast eine Million Teilzeitbeschäftigte, vier von zehn Frauen arbeiten in Teilzeit und fast 90% aller Teilzeitarbeitskräfte in Österreich sind Frauen. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist in den letzten Jahren rasant angestiegen und hat sich in 10 Jahren auf fast 8% aller unselbständigen Beschäftigten verdoppelt, zwei Drittel davon sind Frauen.

1.3. Arbeitslosigkeit – wenn Jobs fehlen, aber nicht die Arbeit

Arbeitszeitverlängerung führt dazu, dass Stammbeschaftungen immer intensiver beansprucht und keine neuen Jobs im Unternehmen mehr geschaffen werden. Diese Entwicklung wird durch die Wirtschaftskrise verschärft. Sie zeigt auch auf, dass Überstunden nicht nur zum Abdecken von Produktionsspitzen geleistet werden, sondern längst zum strukturellen Problem des österreichischen Arbeitsmarktes geworden sind. So ist die Zahl der Überstunden seit 2008 nur um 6% gesunken, während die Arbeitslosigkeit - im Vergleich zum Vorjahr - um 31,9% gestiegen ist. Arbeitslosigkeit bedeutet in Österreich angesichts der niedrigen Mindestlöhne und der niedrigen Nettoersatzrate noch immer für viele Menschen ein Armutsrisiko.

2008 wurden 370 Millionen Überstunden geleistet, das entspricht 180.000 Vollzeit-Arbeitsplätzen. Gegenwärtig gibt es 232.387 Menschen ohne Job, junge Menschen sind von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffen. Während junge ArbeitnehmerInnen derzeit kaum eine Chance haben auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, müssen viele Beschäftigte oft weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus zur Verfügung stehen.

2. Es kam NICHT über Nacht: Flexibilisierungswildwuchs der letzten Jahre

Die letzte große Novelle des Arbeitszeitgesetzes 2007, von SPÖ, ÖVP und insbesondere den Sozialpartnern geschnürt, ermöglichte eine weitere Ausdehnung der maximal zulässigen Höchstarbeitszeiten, mehr Möglichkeiten der Ausweitung der täglichen Normalarbeitszeit und die Verlagerung der Arbeitszeitvereinbarungen auf Betriebsebene auch ohne Betriebsrat. Im Herbst 2008 stimmten ÖVP und SPÖ

einem BZÖ-Antrag zur Ausweitung der steuerlichen Begünstigung der ersten fünf auf die ersten zehn Überstunden zu. Zudem ist die Zahl der Arbeitsverträge, bei denen die Arbeitszeit keine Rolle mehr spielt - wie Freier Dienstverträge oder All-In-Verträge - seit den 1990er Jahren stark angestiegen. Politische Gegensteuerung seitens der Regierung fehlt weitgehend.

Unter dem Titel „Arbeitszeitflexibilisierung“ wird derzeit europaweit eine unausgewogene Arbeitszeitpolitik verfolgt. Sie führt zu einer Ausweitung der Normal- und Höchstarbeitszeiten, während ArbeitnehmerInnen kaum neue Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Zwar wird die Ausweitung der Arbeitszeiten als „Wahlmöglichkeit“ angepriesen, diese ist aber angesichts des Drucks der am Arbeitsmarkt herrscht und der Verlagerung der Arbeitszeitvereinbarungen auf Betriebs- und die individuelle Ebene deutlich zu hinterfragen.

In Österreich war der Bartenstein-Kurs der Arbeitszeitpolitik ebenso durch eine einseitige Flexibilisierung zugunsten der Unternehmen und größtenteils zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geprägt. Nichts desto trotz widerspricht und widersprach diese Arbeitszeitpolitik den in diversen Regierungsprogrammen formulierten Vorhaben nach besserer Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und der Förderung lebensbegleitender Weiterbildung.

SPÖ und die Gewerkschaften in der Sozialpartnerschaft haben diesen Kurs jahrelang voll mitgetragen. Im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung wurden die beschriebenen Probleme bewusst in Kauf genommen. An anderen Ideen zur Arbeitszeitpolitik und an Durchsetzungsvermögen fehlte es bisher.

3. „Weniger ist mehr“ - Grüne Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung

Wir stehen an einem Wendepunkt: entweder es geht in diesem Hamsterrad immer schneller weiter - mit all den negativen Konsequenzen - oder die Krise wird zum Umdenken genützt.

Die Grünen haben sich entschieden:

Wir wollen eine neue und gerechtere Verteilung von Arbeitszeit

- **zur Schaffung von mehr Beschäftigung**
- **für mehr Lebensqualität, Zeit für Weiterbildung und ehrenamtliches Engagement**
- **zur gerechteren Verteilung von Arbeitszeit und Haus- und Betreuungsarbeit zwischen Frauen und Männern**

3.1. Runter mit den Überstunden - Eindämmung überlanger Arbeitszeiten

Die Grünen fordern die

- **Verteuerung von Mehr- und Überstunden**, Anhebung der Zuschläge um 50%
- **Gleichstellung der Mehr- und Überstunden** im AZG (Zuschläge, Durchrechnungszeiträume, Vereinheitlichung des Begriffes)
- **Streichung der steuerlichen Begünstigung** von Überstunden
- Klare gesetzliche Begrenzung der Durchrechnungszeiträume zum Abbau von Zeitguthaben und für die Auszahlung von Überstunden; Intensivierung der Kontrolle von Arbeitszeitaufzeichnungen;
- **Höchstleistungszeiten: nicht mehr als 10 Stunden pro Tag, nicht mehr als 50 Stunden pro Woche.** Arbeitsmedizinische Studien weisen nach, dass durch die lange Arbeitsdauer Belastungen entstehen, welche die körperliche und psychische Gesundheit der ArbeitnehmerInnen wesentlich gefährden können. So steigt z.B. das Unfallrisiko ab der siebten bis achten Arbeitsstunde exponentiell an (BA für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin), das gleiche gilt für Krankheitshäufigkeiten (Universität Oldenburg). Vor allem Zeit- und Leistungsdruck sind verantwortlich für die ständig wachsende Zahl von Burn-Out-Syndromen (Vorsitzender des Beirats der österreichischen Gesellschaft für Arbeitsmedizin, Hugo Rüdige). ÜberstundenleisterInnen leiden deutlich mehr an Schlafstörungen und körperlichen Beschwerden (IFES).
- Umgehende Evaluierung der Auswirkungen der letzten AZG-Novelle 2007 unter besonderer Berücksichtigung der bereits bei Beschlussfassung offenkundigen arbeitsmedizinischen Bedenken

- All-In-Verträge abschaffen, um Missbrauch und Ausbeutung zu verhindern und auch hochdotierte Arbeit gerechter zu verteilen

3.2 Senkung der Normalarbeitszeit – die 35h-Woche als Ziel

- **Mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit**
Die Einführung der 35h-Woche soll in einem Schritt erfolgen, weil dadurch der Beschäftigungseffekt am größten ist. Das WIFO errechnete für so einen Fall einen Anstieg der Beschäftigung um ca. 85.000 Personen also um 2,7% und eine Reduktion der Arbeitslosquote um 1,8%.
- **Freiwerdende budgetäre Mittel**
Weniger Arbeitslosigkeit bedingt freiwerdende Mittel im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialversicherung. Mehr Beschäftigung bringt mehr steuerliche Einnahmen, u.a. durch steigende Kaufkraft. So kann sich die Situation des Staatshaushaltes um mindestens 0,5% verbessern.
- **Voller Lohnausgleich für niedrige und mittlere Einkommen**
Die armutsgefährdende Einkommenssituation im österreichischen Niedriglohnsektor lässt keine weiteren Lohnkompromisse zu. Doch auch BezieherInnen mittlerer Einkommen sind Lohneinbußen nach jahrelangen geringen Lohnerhöhungen bei enorm steigenden Unternehmensgewinnen nicht zuzumuten. Allein bei höheren Einkommensgruppen ist eine Einschleifregelung als Beitrag zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung vorstellbar.
- **Koppelung an Steuerreform**
WirtschaftsforscherInnen sind vorsichtig optimistisch. Schon jetzt wachsen in einigen Branchen die Gewinne wieder deutlich. Das neue Wachstum muss rechtzeitig auch den ArbeitnehmerInnen durch höhere Stundenlöhne zugute kommen. Nichts desto trotz ist es unser Bestreben, durch steuerliche Entlastung der Unternehmen einen fairen Spielraum zur Arbeitszeitverkürzung zu schaffen. Die Grüne öko-soziale Steuerreform soll das ermöglichen.
- **Arbeitszeitverkürzung als Europäische Aufgabe**
Die Regierung ist dringend gefordert, auf europäischer Ebene Arbeitszeitverkürzungen als Thema der politischen Debatte massiv voran zu treiben.